Beschluss Vorwort

Antragsteller*innen:

Text

Den Main-Kinzig-Kreis (MKK) grüner und gerechter machen. Unserer Verantwortung für Natur und Umwelt gerecht werden. Das Bestmögliche für die Bürgerinnen und Bürger im MKK erreichen. Dies ist unser Ansporn für die kommende Wahlperiode. Und dies geht nicht durch plakative Aussagen, sondern durch konkrete Forderungen und Handlungsempfehlungen. Denn wir wollen im Kreis nicht nur mitreden, wir wollen zurück in die Verantwortung!

Dabei setzen wir dreiSchwerpunkte: Ökologie und Klimaschutz (Kapitel 1), nachhaltige Entwicklung (Kapitel 2) und Gesellschaftspolitik (Kapitel3). Drei Bereiche, in denen der MKK in der nun endenden Wahlperiode sein volles Potenzial nicht ausgeschöpft hat.

Die Klimakrise bleibt eines unserer drängendsten Probleme des 21. Jahrhunderts. „Denke global und handle lokal". Dass dies nicht beherzigt wurde, zeigt die „Einstiegsberatung zum kommunalen Klimaschutz". Sie offenbart, welche eklatanten Versäumnisse der Kreis im Bereich des Klimaschutzes gemacht hat. Umso wichtiger ist es, dass nun konkrete Schritte getroffen werden, beispielsweise die Schaffung einer Abteilung „Klimaschutzmanagement", was die Große Koalition im Kreis vehement verhindert hat.

Der Flächenlandkreis Main-Kinzig besteht aus Unterschieden. Von großen Städten im Westkreis bis hin zu kleineren Städten und Gemeinden im östlichen Teil des Kreises, sind im MKK alle städtischen und dörflichen Strukturen vertreten. Dies stellt die Politik vor große Herausforderungen, die wir mit unserem Konzept zur nachhaltigen Entwicklung angehen wollen. Bedarfsgerechter und ausreichender Einsatz von öffentlichen Verkehrsmitteln und Verknüpfung des gesamten Kreises, ein umfassendes Konzept zur ländlichen Entwicklung und bezahlbarer und schneller Breitband-Anschluss sind längst überfällige Forderungen, die wir nun anpacken möchten.

Politik muss alle erreichen. Dessen sind wir uns bewusst. Deswegen stellen wir unser Wahlprogramm nicht nur ökologisch und nachhaltig, sondern selbstverständlich auch sozial auf. Über Schulpolitik, Kinderschutz und Jugendhilfe bis hin zu einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung im Kreis wollen wir alle Menschen wohnortnah versorgen und eine Gesellschaftspolitik, die alle Menschen erreicht und vor allem alle Menschen mitnimmt.

Stillstand bedeutet Rückschritt. Der MKK kann viel mehr. Es gilt jetzt, das Potenzial des Kreises voll auszuschöpfen. Wir Grünen sind bereit, weiterhin aktiv mitzugestalten!

Beschluss 1. Ökologie und Klimaschutz - 1.1. Umwelt- und Klimaschutz im Main-Kinzig-Kreis

Gremium:	KMV
Beschlussdatum:	21.10.2020

Text

Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel sind die drängendsten Aufgaben im 21. Jahrhundert. Wir Grünen im MKK orientieren uns am Pariser Abkommen, das einen globalen Rahmen festgelegt hat, mit dem die Welt einem gefährlichen Wandel des Klimas entgegenwirken kann. Dafür soll die Erderwärmung deutlich unter 2°C gehalten werden, und es sollen weitere Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen. Außerdem soll die Fähigkeit der Länder zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels gestärkt werden, und sie sollen in ihren Bemühungen unterstützt werden.

Der MKK hat bei diesem Thema noch einen erheblichen Nachholbedarf, der sich in der „Einstiegsberatung kommunaler Klimaschutz für den MKK“ offenbart.

Der Klimaschutz muss daher bei allen zukünftigen Entscheidungen oberste Priorität haben. Dies soll durch den Ausruf des sofortigen Klimanotstandes im MKK verdeutlicht werden, verbunden mit einer Verpflichtung des Kreises, bis 2035 klimaneutral zu werden.
Der MKK ist seit 2017 Mitglied des Bündnisses „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“. Damit geht die Selbstverpflichtung einher, eine CO_2-Startbilanz zu erstellen, um Potenziale zur Minderung von Treibhausgasemissionen zu identifizieren. Gleichzeitig ist ein Klimaschutzkonzept oder ein Aktionsplan mit Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel zu erarbeiten. Bisher hat der MKK diese Verpflichtung nicht erfüllt!

Für uns Grüne im MKK müssen in der kommenden Wahlperiode entscheidende Maßnahmen ergriffen werden, um den Klimaschutz in unserem Kreis deutlich zu verbessern. Dafür ist ein verbindlicher Kriterienkatalog zu erarbeiten, der speziell an die Defizite des Kreises angepasste Klimaschutzmaßnahmen benennt und feste Zeiträume für deren Umsetzung vorgibt.

Wir Grünen fordern die Schaffung einer Abteilung „Klimaschutzmanagement“, in der die Fachkompetenzen gebündelt werden. Zu den Aufgaben zählen die Erstellung und Begleitung des Klimaschutzkonzeptes, die Entwicklung von Strategien zur Umsetzung sowie das Monitoring der einzelnen Maßnahmen. Über den Fortschritt der Abteilung müssen die BügerInnen regelmäßig informiert werden. Im Klimaschutzkonzept sollen Maßnahmen beschrieben werden, die die Einhaltung des 1,5 °C-Zieles aufzeigt.
Um die Vorbildfunktion der Kommunen zu verstärken, setzen wir Grünen uns dafür ein, dass die Angaben zur Energieeffizienz und CO_2-Bilanz (z.B. Energieausweise) von Alt- und Neubauten der Kommunen im Internet oder auf sonstige geeignete Weise veröffentlicht werden.
Um die Vorbildfunktion der Kommunen zu verstärken, setzen wir Grünen uns dafür ein, dass die Angeben zur Energieeffizienz und CO_2-Bilanz (z.B. Energieausweis) von Alt- und Neubauten der Kommunen im Internet oder auf sonstige geeignete Weise veröffentlicht werden.

Um die Reduzierung der Treibhausgase bemessen zu können, muss der MKK seine längst überfällige CO_2-Bilanz erstellen und fortschreiben. Der MKK soll zu einem Unterstützer seiner Kommunen werden, damit diese – soweit noch nicht geschehen – ebenfalls CO_2-Bilanzen erstellen und Klimaschutzprojekte anstoßen können. Auf Grundlage der CO_2-Bilanz sind wirksame Maßnahmen zu entwickeln, damit die Verwaltung des Kreises sowie die kreiseigenen Gesellschaften CO_2-Neutral werden.

Wir Grünen wollen, dass der MKK eine aktivere Rolle bei Umwelt- und Naturschutz einnimmt. Die Umweltbildung (Bildung für nachhaltige Entwicklung) ist durch den Ausbau eigener Kapazitäten und die Kooperation mit dem Umweltzentrum in Hanau zu erweitern.

Der MKK unterstützt alle Schulen, die sich auf den Weg machen, Umweltschulen zu werden.

Wir Grünen möchten, dass in Kooperation mit den Naturschutzverbänden Gewässerrandstreifen in einem Abstand von 10 Metern möglichst dauerhaft von der Nutzung freigehalten werden. Die privaten Hausbesitzer sollen beraten werden, wie ein pflegeleichter Garten ohne Schotter aussehen kann. Schottergärten fördern aktiv das Insektensterben. Daher setzen wir uns für ein Verbot von Schottergärten im MKK ein. In Kooperation mit Naturschutzverbänden sollen BürgerInnen über die Möglichkeit von bienen- und insektenfreundlichen Gärten aufgeklärt werden. Nicht bebaute Flächen sollen zu Grün- oder Blühflächen umgestaltet werden.

Zum Erhalt der Biodiversität sind Maßnahmen zum Ausbau des Biotop-Verbund – Mensch/Natur-Korridore – zu ergreifen. Dazu zählen auch der Erhalt bzw. die Neueinrichtung von dauerhaften Ackerrandstreifen, Feldrainen und Versickerungsbereichen.

Um Umweltthemen besser an die BürgerInnen zu bringen, soll der MKK Umwelt-Aktionstage (in Kooperation mit Naturschutzverbänden, Umweltschulen und regionalen Initiativen) veranstalten.

Dazu fordern wir Grünen:

Der MKK soll in Kooperation mit IHK und Handwerkerschaft aktiv auf Unternehmen und die Wirtschaft zugehen, um betriebliche Abfälle zu vermeiden und Ressourcen dauerhaft im Stoffkreislauf zu belassen.

Der MKK wird zum strategischen Partner der Unverpackt-Läden und fördert die Vermarktung nachhaltig erzeugter regionaler Produkte.

Der MKK legt einen Naturschutzfond auf, mit dem eine gezielte Förderung von Umweltprojekten erfolgen kann.

Beschluss 1. Ökologie und Klimaschutz - 1.1. Umwelt- und Klimaschutz im Main-Kinzig-Kreis

Antragsteller*innen:

Text

Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel sind die drängendsten Aufgaben im 21. Jahrhundert. Wir Grünen im MKK orientieren uns am Pariser Abkommen, das einen globalen Rahmen festgelegt hat, mit dem die Welt einem gefährlichen Wandel des Klimas entgegenwirken kann. Dafür soll die Erderwärmung deutlich unter 2°C gehalten werden, und es sollen weitere Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen. Außerdem soll die Fähigkeit der Länder zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels gestärkt werden, und sie sollen in ihren Bemühungen unterstützt werden.

Der MKK hat bei diesem Thema noch einen erheblichen Nachholbedarf, der sich in der „Einstiegsberatung kommunaler Klimaschutz für den MKK“ offenbart.

Der Klimaschutz muss daher bei allen zukünftigen Entscheidungen oberste Priorität haben. Dies soll durch den Ausruf des sofortigen Klimanotstandes im MKK verdeutlicht werden, verbunden mit einer Verpflichtung des Kreises, bis 2035 klimaneutral zu werden.
Der MKK ist seit 2017 Mitglied des Bündnisses „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“. Damit geht die Selbstverpflichtung einher, eine CO_2-Startbilanz zu erstellen, um Potenziale zur Minderung von Treibhausgasemissionen zu identifizieren. Gleichzeitig ist ein Klimaschutzkonzept oder ein Aktionsplan mit Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel zu erarbeiten. Bisher hat der MKK diese Verpflichtung nicht erfüllt!

Für uns Grüne im MKK müssen in der kommenden Wahlperiode entscheidende Maßnahmen ergriffen werden, um den Klimaschutz in unserem Kreis deutlich zu verbessern. Dafür ist ein verbindlicher Kriterienkatalog zu erarbeiten, der speziell an die Defizite des Kreises angepasste Klimaschutzmaßnahmen benennt und feste Zeiträume für deren Umsetzung vorgibt.

Wir Grünen fordern die Schaffung einer Abteilung „Klimaschutzmanagement“, in der die Fachkompetenzen gebündelt werden. Zu den Aufgaben zählen die Erstellung und Begleitung des Klimaschutzkonzeptes, die Entwicklung von Strategien zur Umsetzung sowie das Monitoring der einzelnen Maßnahmen. Über den Fortschritt der Abteilung müssen die BügerInnen regelmäßig informiert werden. Im Klimaschutzkonzept sollen Maßnahmen beschrieben werden, die die Einhaltung des 1,5 °C-Zieles aufzeigt.
Um die Vorbildfunktion der Kommunen zu verstärken, setzen wir Grünen uns dafür ein, dass die Angaben zur Energieeffizienz und CO_2-Bilanz (z.B. Energieausweise) von Alt- und Neubauten der Kommunen im Internet oder auf sonstige geeignete Weise veröffentlicht werden.

Um die Reduzierung der Treibhausgase bemessen zu können, muss der MKK seine längst überfällige CO_2-Bilanz erstellen und fortschreiben. Der MKK soll zu einem Unterstützer seiner Kommunen werden, damit diese – soweit noch nicht geschehen – ebenfalls CO_2-Bilanzen erstellen und Klimaschutzprojekte anstoßen können. Auf

Grundlage der CO_2-Bilanz sind wirksame Maßnahmen zu entwickeln, damit die Verwaltung des Kreises sowie die kreiseigenen Gesellschaften CO_2-Neutral werden.

Wir Grünen wollen, dass der MKK eine aktivere Rolle bei Umwelt- und Naturschutz einnimmt. Die Umweltbildung (Bildung für nachhaltige Entwicklung) ist durch den Ausbau eigener Kapazitäten und die Kooperation mit dem Umweltzentrum in Hanau zu erweitern.

Der MKK unterstützt alle Schulen, die sich auf den Weg machen, Umweltschulen zu werden.

Wir Grünen möchten, dass in Kooperation mit den Naturschutzverbänden Gewässerrandstreifen in einem Abstand von 10 Metern möglichst dauerhaft von der Nutzung freigehalten werden. Die privaten Hausbesitzer sollen beraten werden, wie ein pflegeleichter Garten ohne Schotter aussehen kann. Schottergärten fördern aktiv das Insektensterben. Daher setzen wir uns für ein Verbot von Schottergärten im MKK ein. In Kooperation mit Naturschutzverbänden sollen BürgerInnen über die Möglichkeit von bienen- und insektenfreundlichen Gärten aufgeklärt werden. Nicht bebaute Flächen sollen zu Grün- oder Blühflächen umgestaltet werden.

Zum Erhalt der Biodiversität sind Maßnahmen zum Ausbau des Biotop-Verbund – Mensch/Natur-Korridore – zu ergreifen. Dazu zählen auch der Erhalt bzw. die Neueinrichtung von dauerhaften Ackerrandstreifen, Feldrainen und Versickerungsbereichen.

Um Umweltthemen besser an die BürgerInnen zu bringen, soll der MKK Umwelt-Aktionstage (in Kooperation mit Naturschutzverbänden, Umweltschulen und regionalen Initiativen) veranstalten.

Dazu fordern wir Grünen:

Der MKK soll in Kooperation mit IHK und Handwerkerschaft aktiv auf Unternehmen und die Wirtschaft zugehen, um betriebliche Abfälle zu vermeiden und Ressourcen dauerhaft im Stoffkreislauf zu belassen.

Der MKK wird zum strategischen Partner der Unverpackt-Läden und fördert die Vermarktung nachhaltig erzeugter regionaler Produkte.

Der MKK legt einen Naturschutzfond auf, mit dem eine gezielte Förderung von Umweltprojekten erfolgen kann.

Beschluss 1.2. Abfallwirtschaft, Ressourcenschonung

Antragsteller*innen:

Text

Im Ziel geht es darum, alle Beteiligten am Produktions- und Abfallwirtschaftsprozess zur Abfallvermeidung zu animieren und letztlich zu verpflichten.

Dabei ist die bisherige Hierarchie der Zuständigkeiten noch einmal deutlich hervorzuheben. Auch die Unternehmen im Produktionsprozess müssen ihre Verpflichtung zur Abfallvermeidung am Lebensende ihrer Produkte in die Herstellung mit hineinnehmen. Zusätzlich zur Vermeidung von Abfällen ist die Lebensdauer der Produkte durch die Reparaturfreundlichkeit sicherzustellen und ein Recycling zu ermöglichen.

Wir als Konsumenten müssen stärker auf weniger Müll beim Einkauf achten. Initiativen, die uns dabei unterstützen, sind finanziell durch die Müllgebühren zu fördern.

Im Abfallwirtschaftsprozess sind die Städte und Gemeinden des MKK für das Einsammeln und der MKK selbst für die Entsorgung (Deponierung, Verbrennung, Vermarktung) zuständig.

Die Abfallvermeidung muss mit klugen Konzepten bei den Städten und Gemeinden betrieben werden. Ziel ist es, mit einem hohen Erfassungsgrad sortenreiner Wertstoffe (nicht nur Papier und Pappe) eine Reduzierung der Abfallmenge und der Kosten für die Abfuhr zu erwirken. Haben die Kommunen die verbleibenden Abfallmengen eingesammelt, kommt der MKK ins Spiel, der, außer für Maintal, für die Entsorgung der im Kreis anfallenden Abfälle verantwortlich ist. Dazu zählt auch der anfallende Biomüll, der in allen Kommunen in der Biotonne gesammelt wird.

Alle Beteiligten haben aus unserer Sicht die Aufgabe, mit unterschiedlichen Aktionen und Veröffentlichungen, die Vermeidung von Abfällen immer wieder in den Vordergrund zu rücken.

Organisatorisch hat der MKK die Abfallentsorgung dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft als 100-prozentige Tochter des Kreises übertragen. Für die Entsorgung von Elektrogroßgeräten kooperiert der Eigenbetrieb mit der Gesellschaft für Arbeit, Qualifizierung und Ausbildung (AQA). Zur besseren Trennung von Sperrmüll betreibt der Kreis eine Sortieranlage am Standort der ehemaligen Deponie Hailer in Gelnhausen.

Einen besonderen Stellenwert in der Abfallwirtschaft nimmt der Klärschlamm ein. War früher noch die Ausbringung von Klärschlamm auf den Feldern möglich, ist diese heute aufgrund der Schadstoffbelastung und der zunehmend weniger zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Flächen nicht mehr sinnvoll und möglich.

Die Einführung der dritten und vierten Reinigungsstufe in Kläranlagen wird zu noch mehr Klärschlamm führen. Faulung und Trocknung am Entstehungsort durch Prozesswärme müssen dann dazu führen, dass der Anfall von Restklärschlamm geringer wird.

Corona hat uns vor Augen geführt, dass wir bei der Vermeidung von Abfällen schon am Entstehungsort und beim Versand noch viel Spielraum nach oben haben. Aber auch die Essenslieferungen mit Wegwerfgeschirr sind für die Abfallwirtschaft ein ernstes Thema. Während also Versandhändler und Lieferservice Gewinne erzielen, müssen die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften auf hohen Müllbergen deponieren oder verbrennen und die Entsorgungsfirmen kommen mit den derzeitigen Vertragsgestaltungen und ihrem Personal nicht nach.

Wir fordern deswegen, die Fehlwürfe in der Biotonne zu reduzieren, um die Verwertung zu verbessern. Dies soll durch gezielte, gut vorbereitete Kampagnen (für die jeweiligen Stoffgruppen) geschehen, um die entsorgungspflichtigen Abfallmengen deutlich zu reduzieren und die Eigenkompostierungsquote zu erhöhen. Die Kompostierungsanlagen müssen so betrieben werden, dass eine ordnungsgemäße Kompostierung der Bioabfälle ohne vermeidbare Belästigung der Bürger in den umliegenden Wohngebieten erfolgt. Wir Grünen wollen, dass über eine Einhausung der Kompostierungsanlage in Niedergründau nachgedacht wird Außerdem wollen wir eine Rückkehr zur Pflichtabnahme von Kompost durch die Städte und Gemeinden. Dabei ist es selbstverständlich, dass die Kommunen die Wertstoffhöfe modernisieren. In den Wertstoffhöfen der Kommunen soll Qualitätskompost der eigenen Anlagen für die BürgerInnen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wollen wir Gewerbetreibende unterstützen, die eine Kreislaufwirtschaft betreiben.

Zur Erhöhung der Einsammelquote wird statt der Gelben-Tonne eine Wertstoffsammlung etabliert, in der alle stofflich verwertbaren Produkte, unabhängig vom Dualen-System-Deutschland, eingesammelt werden.

Wir fördern die Eröffnung und den Betrieb von „Repair-Cafes“ und möchten Unverpackt-Läden positiv begleiten und finanziell fördern.

Beschluss 1.3. Wassergewinnung und Grundwasserschutz im MKK

Antragsteller*innen:

Text

Grundwasser als Lebensmittel Nummer Eins wird in unserem Kreis von regionalen Anbietern gefördert und den Menschen im MKK bereitgestellt. Durch den Klimawandel ist absehbar, dass eine gesicherte Grundwasserversorgung gefährdet ist.

Der Klimawandel mit zunehmenden Trockenperioden führt dazu, dass die massiven Auswirkungen im Wald und auf den landwirtschaftlichen Flächen sichtbar sind. Eine ausreichende Grundwasserneubildung ist nicht mehr gewährleistet und die Versorgung mit unserem Lebensmittel Nummer Eins ist gefährdet. Schon im April 2020 wurde im MKK die Entnahme von Wasser aus Bächen verboten.

Die Nachfrage nach Wasser in unserem Kreis wird durch Zuzug von Menschen weiter steigen und die zunehmende Versiegelung von Flächen wirkt einer Grundwasserneubildung entgegen. Daher sind geeignete Maßnahmen zur Einsparung des Wasserverbrauchs und zu einer Substitution von Grundwasser notwendig.

Die Häufigkeit von Starkregenereignissen, bei denen innerhalb kürzester Zeit große Regenmengen niedergehen, nimmt zu und kann zu Überschwemmungen führen. Dieser Herausforderung muss mit einem geeigneten Hochwasserschutz begegnet werden. Die dafür geplanten Maßnahmen müssen zügig realisiert werden.

Wir Grünen wollen, dass Wassersparen wieder zum Thema in unserem Kreis wird. Dabei muss auch mit den kreisangehörigen Kommunen ein „Aktionsplan Wasserschutz“ erarbeitet werden. Ziel sollte es sein, den Wasserverbrauch im Kreis nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Die Kommunen sollten motiviert werden, in ihren Bebauungsplänen zwingend Zisternen und einen zweiten Wasserkreislauf in den Gebäuden vorzuschreiben.Wir setzen uns dafür ein, dass die Gemeinden und Städte Regenwasseranlagen sowie Retentionszisternen im Wohnungsbau und im Nichtwohnungsbau fördern und dass bei Neubauten Trinkwasser eingespart und der zu erwartende Hochwasserschutz bei Starkregen gewährleistet wird.

Für uns Grüne muss die Trinkwassergewinnung in unserem Kreis ressourcenschonend und nachhaltig erfolgen und eine Gefährdung vorhandener Biotope ausgeschlossen werden. Die Bereitstellung von Grundwasser für die Stadt Frankfurt muss diesen Grundsätzen gehorchen.

Um die Entnahme von Vogelsbergwasser zu verringern, unterstützen wir Grünen die Wasseraufbereitung aus geeigneten Oberflächengewässern wie dem Ahler See. Wir möchten diese klimaangepasste Trinkwassergewinnung fördern.

Beschluss 1.4. Perspektiven für Land- und Forstwirtschaft im Main-Kinzig-Kreis

Antragsteller*innen:

Text

Der MKK ist in seiner Agrarstruktur in einen westlichen Teil mit (z.T. intensivem) Ackerbau und einen östlichen Bereich geteilt, in dem zum Teil eine extensive Grünlandnutzung vorherrscht. (Grünland extensiv mit viel Bio und Mutterkuhhaltung). Für uns Grüne im MKK ist es daher wichtig, angepasst an die lokale Struktur eine Förderung der biologischen Landwirtschaft zu forcieren.

Unser Ziel ist es, den Flächenanteil biologisch wirtschaftender Betriebe bis zum Jahr 2030 auf mindestens 30 % zu erhöhen.

Dieses Ziel möchten wir mit optimalen Rahmenbedingungen fördern, damit in unserer Region mehr Biolebensmittel produziert werden. Wir möchten mit Bio-Erzeugermärkten und lokalen Vermarktungsstrategien, wie die Markthalle in Schlüchtern und Projekten der solidarischen Landwirtschaft, die Biobauern und die Konsumenten zusammenbringen. Wir brauchen gesunde Alternativen zu den Fleischfabriken, die auch im MKK mit der Firma Brandenburg in Erlensee entstehen werden. Dieser Großerzeuger für den REWE-Konzern ist das Gegenteil einer angepassten und nachhaltigen Produktion.

Das Umsteuern zu mehr regionalen Bioproduzenten kann nur gelingen, wenn wir im Verantwortungsbereich des MKK das Schulessen in allen Mensen und in der Kantine des MKK mit regionalen Bioprodukten bereichern.

Die regionale Nachfrage nach nachhaltig produzierten Lebensmitteln wird weiter steigen und wir wollen diese Chance nutzen, den Umbau unsere Agrarstruktur in unserer Region zu fördern.

Weiterhin ist die Landwirtschaft der größte Teil der Bodennutzung in unserem Kreis. Daher ist es existentiell, ob auf diesen Flächen eine Nahrungsmittelproduktion stattfindet, die im Einklang mit Naturschutz und einem stabilen Ökosystem ist.

Wir möchten, dass es in unserer, zum Teil ausgeräumten, Ackerlandschaft wieder Feldrainen und Feldholzinseln gibt, in denen sich die vielfältige Insekten- und Vogelwelt ihren Lebensraum zurückerobern kann. Auch für selten gewordene Säugetiere, wie den Feldhamster, könnten mit einer nachhaltigen Landwirtschaft dauerhaft neue Lebensräume entstehen. Eine vielfältige Fruchtfolge auf biologisch bewirtschafteten Flächen ist die viel bessere Alternative zu überdüngten Monokulturen, die mit Pestiziden und Nitrat unsere Grundwasserreserven gefährden. Aus diesem Grund fordern wir ein Glyphosatverbot sowie ein Konzept zur Nitratreduktion.

Die notwendige Nachhaltigkeit in der Bewirtschaftung unserer Äcker wollen wir auch in der Waldbewirtschaftung in unserem Kreis erreichen. Der Wald als reiner Holzproduzent war gestern – heute müssen wir die Weichen stellen, damit wir zu einem klimastabilen Wald kommen, der das heißere Klima übersteht und weiterhin seinen Beitrag für Sauerstoffproduktion und Erholung leisten kann. Daher müssen mehr als die derzeit 8 % Wälder unter Naturschutz gestellt werden. Der Einschlag von Holz kann nur angepasst erfolgen und wäre ein Gegenmodell zu den brachialen Holzerntemaschinen, die schwere Schäden in unseren Wäldern verursachen.

Wir möchten neue Geschäftsmodelle fördern, die eine regionale Wertschöpfungskette, von der sanften Holzentnahme, zum Beispiel mit Pferden, bis hin zu einer hochwertigen Holzverwertung, entstehen lassen. Nur damit werden Arbeitsplätze in unserer Region gesichert, bzw. neue geschaffen.

Wir möchten das neue Normal mit einem Umbau der land- und forstwirtschaftlichen Produktion in unserem Kreis gestalten. Nach unserer Auffassung sind die falschen Strukturen zu überwinden und mit regionaler Wertschöpfung ein Beitrag zur Beschäftigungssituation in unserem Kreis zu leisten.

Beschluss 1.5. Tierschutz

Antragsteller*innen:

Text

Der Schutz der Tiere ist für uns ein wichtiges politisches und gesellschaftliches Anliegen. Wir engagieren uns daher für ein stärkeres Tierschutzbewusstsein, für die Unterstützung von Tierheimen und Tierschutzverbänden und wollen erreichen, dass die artgerechte Haltung von Tieren überall zur Normalität wird.

Wir fordern deswegen eine/n Tierschutzbeauftragte/n des Landkreises. Dieser soll eine Vielzahl von Aufgaben übernehmen, die über die staatlichen Vorgaben des Tierschutzes für Amtsveterinäre hinausgehen. Dem Kreistag ist einmal jährlich über die Situation des Tierschutzes öffentlich zu berichten.

Vegane und vegetarische Ernährung ist nicht nur klimafreundlich und ressourcenschonend, sondern auch tierleidfrei. Über 11 % der Bevölkerung in Deutschland ernährt sich konsequent vegetarisch oder vegan. Das Angebot in den öffentlichen Kantinen im Kreis und in den kreiseigenen Gesellschaften muss dem modernen Bedarf auch entsprechen und sollte vegane oder vegetarische Gerichte beinhalten.

Den Veterinärämtern der Kreise obliegt der Vollzug des Tierschutzgesetzes sowie der vielfältigen Bestimmungen und Verordnungen. Der Tierschutz ist dabei neben der Lebensmittelüberwachung und dem Seuchenschutz bei Tieren eine von vielen Aufgaben. Aus diesen Gründen treten wir Grünen für eine ausreichende Ausstattung an Personal und Finanzmitteln ein, die sich an einer qualitativ hochwertigen Aufgabenerfüllung orientiert. Dies soll dem Veterinäramt auch ermöglichen, Tiertransportkontrollen regelmäßig durchzuführen.

Der beste Tiertransport ist jedoch der, der nicht stattfindet. Kleine bedarfsgerechte Schlachthöfe ohne Exportziel sind ein gutes Mittel gegen die Industrie der Massentierhaltung. Der Kreis sollte private Initiativen, die kleine Schlachthöfe oder Schlachthäuser bauen, fördern und unterstützen.

In einem Tierschutzbericht vom Veterinäramt des Kreises soll öffentlich einmal jährlich im Umweltausschuss über die Arbeit des Veterinäramtes berichtet werden. Das Wohl der Tiere braucht mehr Transparenz.

Wir fordern, dass ausreichend Wildtierauffangstationen in Zusammenarbeit von Kreis und Land errichtet werden und dass deren Betrieb auch finanziell abgesichert wird. Auch private Wildtierauffangstationen sollen gefördert werden.

Wir finden Initiativen wie „Main-Kinzig blüht“ wichtig für Biodiversität und den Schutz wildlebender Insekten und sehen das Projekt als noch ausbaufähig. Wir fordern deshalb einen Fördertopf des Kreises, der von privaten Personen oder Initiativen abgerufen werden kann, die förderfähige Tier- und Naturschutzinitiativen betreiben und hierfür eine Förderung zur weiteren Realisierung der Projekte benötigen.

Wir sprechen uns für den Erhalt der Feldhamsterpopulation aus. Der Feldhamster ist die einzige Art der Unterfamilie der Hamster in Deutschland. Er ist in der Roten Liste für Deutschland als vom Aussterben bedrohte Tierart eingestuft und

steht unter strengem Schutz. Aus diesem Grund fordern wir eine Förderung des Kreises an Landwirte, die Flächen dauerhaft aus der Produktion nehmen und eigene Lebensraumzellen anlegen. Das Projekt „Feldhamsterland“, ein im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt geförderte Initiative, soll bei der Auswahl der in Frage kommenden Flächen gehört werden.

Amphibien werden zur Paarungszeit oft von Autos überfahren oder sterben auch neben der Straße durch die Druckwelle schnell vorbeifahrender Kraftfahrzeuge. Deshalb fordern wir Tempo 30 während der Wanderungszeit auf den betroffenen Straßen. Bei Bauplanungen muss der Amphibienschutz beachtet werden. Wir fordern weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit Tier- und Naturschutzverbänden und regelmäßige Treffen des Runden Tisches, denn der bestehenden Amphibienschutz muss mit Tunneln, Zäunen und Überquerungen weiterhin ausgebaut werden.

Kindern fehlt heute oft der Kontakt zu Tieren und damit das Verständnis für deren Bedürfnisse. Der Biobauernhof ist der ideale Ort, um Kindern und Jugendlichen die Haltung der Tiere in unserer Landwirtschaft erlebbar zu vermitteln. Auch sollen die Kinder und Jugendlichen die Bedürfnisse der Haus- und Wildtiere kennen lernen. Wir fordern deshalb die Möglichkeit des Besuchs von Schulklassen (Klasse 1-10) auf einem Biobauernhof, in einem Tierheim, oder einer Tierauffangstation. Die Kosten des Besuchs übernimmt der Kreis.

Wir fordern, dass der MKK die Herstellung von jährlich bis zu 1000 Insektenhotels unter anderem bei den kreiseigenen Werkstätten (AQA) in Auftrag gibt und an Schulen und Kindergärten sowie private Haushalte verteilt.

Viele Tierschutzkonflikte lassen sich durch eine umsichtige Planung präventiv verhindern. Bei Fragen der Bauplanung von kreiseigenen Liegenschaften und Gebäuden sollen zukünftig verstärkt auch die Bedürfnisse der Tierwelt berücksichtigt werden. Kleine Biotope sollen auf den Grünflächen angelegt und heimische Pflanzen bevorzugt werden. Dies ist auch ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz.

Kreiseigene Flächen sollen so weit wie möglich entsiegelt und vorhandene Verschotterungen beseitigt werden. Die Flächen sollten danach vogel- und insektenfreundlich gestaltet werden.

Wir fordern eine Jagdsteuer im Main-Kinzig-Kreis.

Beschluss 2. Nachhaltige Entwicklung im Main-Kinzig-Kreis

Antragsteller*innen:

Text

.

Beschluss 2.1. Die Wirtschaft im Main-Kinzig-Kreis nachhaltig weiterentwickeln im Einklang mit der Umwelt

Antragsteller*innen:

Text

Eine florierende Wirtschaft trägt durch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und die Entrichtung von Steuern zum materiellen Wohlergehen der Städte und Kommunen im MKK bei. Diese Wirtschaftsweise darf jedoch in Zukunft nicht auf Kosten von Natur, Umwelt und Klima gehen und durch Ressourcenraubbau gekennzeichnet sein. Auch im MKK steht ein Strukturwandel bevor, Industrie und Gewerbe sind dann zukunftsfähig, wenn sie verstärkt auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise setzen.

Wir Grünen wollen daher eine Wirtschaftspolitik, die auf die realen Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist und mit der Umwelt in Einklang gebracht wird. Im MKK soll zum Nutzen aller gewirtschaftet werden und dabei unsere Lebensgrundlage erhalten bleiben.

Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die darauf achtet, die Einsparung natürlicher Ressourcen in der Produktion oder im Dienstleistungsgewerbe zu gewährleisten und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen zu sichern.

Erneuerbare Energien müssen weiter erschlossen werden. Unternehmerische Entscheidungen sollen im Sinne der gesamten Gesellschaft und besonders der Umwelt getroffen werden.

Wichtig sind die kleinen und mittleren Unternehmen im MKK mit ihrer hohen Bedeutung für Beschäftigung und Ausbildung, Versorgung, Innovation und Wirtschaftsleistung. Ein besonderes Augenmerk legen wir Grünen auch darauf, dass der MKK und die Kommunen bei ihren Auftragsvergaben ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen.

Wir wollen, dass ArbeitnehmerInnen am Wirtschaftsaufschwung stärker beteiligt werden. Das vielfältige und diversifizierte Wissen der Menschen ist die wichtigste Ressource. Deshalb wollen wir jedem Menschen ermöglichen, am Arbeitsmarkt teilzuhaben.

Die Arbeitswelt ändert sich. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die medizinischen Berufe, Altenpflege und Betreuung einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft benötigen und auch eine der wichtigen Arbeit entsprechenden tariflichen Bezahlung, wie es bereits bei den Alten- und Pflegezentren und in den Main-Kinzig-Kliniken gehandhabt wird.

Auch Strukturen des Arbeitens werden sich in den nächsten Jahren dramatisch ändern. Durch die Digitalisierung wird die Arbeit im Homeoffice einen größeren Platz einnehmen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zudem voranzutreiben. Beim Einsatz von Arbeitskräften ist auf die Anforderungen an die gewerkschaftlich geforderte „Gute Arbeit“ zu achten.

Um dem sich verschärfenden Fachkräftemangel besonders in wichtigen Feldern wie Erziehung, Pflege, Maschinenbau, Chemie und Ingenieurwesen entgegenzuwirken, muss in die Aus- und Weiterbildung in der Region investiert werden.

Die Zuwanderung soll als Chance begriffen werden. In den MKK eingewanderte oder geflüchtete Menschen in Arbeit und Gesellschaft zu integrieren, gehört zu den wichtigsten Investitionen in die Zukunft.

Ökologisch ausgerichtete Industrieparks und besonders ressourceneffiziente Gewerbegebiete sind wichtige Bausteine zur Stärkung der regionalen Wirtschaft. Unser Ziel ist es, die Flächeninanspruchnahme zu drosseln und langfristig keine zusätzlichen Flächen zu verbrauchen. Wir unterstützen die Interessen von BürgerInnen (Bürgerinitiativen), die Sorgen, Bedenken, Anfragen oder eine kritische Haltung hinsichtlich der Ausweisung von weiteren Gewerbegebieten und deren Zukunft haben. Der Flächenverlust ist bis spätestens 2030 auf 1 ha pro Tag zu senken. Ab 2031 soll das Netto-Null-Prinzip gelten und kein weiterer Flächenverbrauch mehr möglich sein.

Um das Arbeiten im ländlichen Raum attraktiver zu gestalten, wollen wir die Voraussetzung für Homeoffice verbessern. Schnelles Internet schafft bei Industrie, Handel, Gewerbe und Selbstständigen die Voraussetzungen für moderne Arbeitserbringung.

Die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Attraktivität von Schulen und auch von Wohnstandorten ist an schnelles Internet gebunden. Der MKK wächst und hatte insgesamt seit Ende 2019 mehr als 420.500 EinwohnerInnen. Im MKK finden immer mehr junge Leute in die Selbständigkeit. Wir möchten die Gründerzentren im MKK weiter fördern, um Innovation im Bereich der Ökologie und Nachhaltigkeit aktiv zu unterstützen.

Um den Erhalt von Arbeitsplätzen im MKK zu gewährleisten, ist der regelmäßige Informationsaustausch zwischen IHK, Kreishandwerkerschaft, Gewerkschaften sowie BetriebsrätenInnen der Firmen erforderlich. Es ist wichtig, sich regelmäßig über die Perspektiven der Unternehmen und die Interessen der Beschäftigten einen Einblick zu verschaffen.

Beschluss 2.3. Konzepte für den ländlichen Raum

Antragsteller*in: Mareike

Text

Der MKK ist der größte Landkreis Hessens. Auf 1400 km² wohnen zum 31. Dezember 2019 420.552 Menschen. Zwar liegt die Einwohnerdichte des Kreises etwas über dem Bundesdurchschnitt, dennoch ist der MKK als Flächenlandkreis bekannt. Denn die 16,1% Siedlungs- und Verkehrsfläche erstreckt sich vor allem auf den westlichen Teil des Kreises rund um Hanau und Maintal bis nach Gelnhausen. Wir Grünen setzen uns aktiv dafür ein, dass der MKK in seiner Gänze betrachtet wird. Die Stärkung des ländlichen Raums gilt als ein wichtiges Ziel der kommenden Jahre.

Aktuell fehlt es im östlichen Teil des MKK oft an Angeboten, von Nahversorgung über öffentliche Verkehrsmittel bis hin zur Ärzteversorgung. Im Bereich der Verkehrswende ist es derzeit kaum möglich, auf Grund unzureichender Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Auto auf umweltfreundlichere Alternativen umzusteigen. Dabei ist der Umstieg auf Bus und Bahn eines der wichtigsten Schritte im Kampf gegen den Klimawandel. Es muss also darum gehen, den östlichen Teil des Kreises attraktiv zu gestalten, jungen Leuten einen Anreiz zu geben, dort auch nach Schule und Studium weiterhin zu wohnen und die Attraktivität für junge Erwachsene, Familien und Firmen zu steigern, sodass diese ihren neuen Lebensmittelpunkt im östlichen Teil des Kreises finden. So kann dem demografischen Wandel aktiv begegnet werden.

Wir Grünen fordern deswegen ein Nahverkehrskonzept, welches sich an der Lebensrealität der Menschen orientiert. Die Menschen müssen morgens zur Arbeit nicht nur hinfahren, sondern von dieser auch wieder zurückkommen. Es bringt nichts, wenn der letzte Bus vor 20 Uhr fährt, wenn die Schicht um 22 Uhr endet. Auch junge Leute wünschen sich mehr Flexibilität bei den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie bessere und schnelle Verbindungen in größere Städte und Metropolregionen. Wir fordern eine mindestens halbstündige Taktung zu den Hauptverkehrszeiten im gesamten Kreisgebiet. Das Angebot an Schnellbuslinien muss ausgebaut werden. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen vor Ort einen Nahverkehrsplan schaffen, der die verschiedenen Bedürfnisse der Menschen beachtet. Dabei ist es unabdingbar, dass die Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs nicht an der finanziellen Hürde scheitert. Wir setzen uns für einen bezahlbaren Nahverkehr ein und möchten diejenigen fördern, die vom Auto auf klimafreundlichere Alternativen umsteigen.

Durch Schaffung von besseren Verkehrsanbindungen wollen wir den ländlichen Raum attraktiver für den Einzelhandel und die Nahversorgung machen. Die bisherig angestoßene Initiative zur Förderung des ländlichen Raums muss fortgeführt werden und sich auch auf die Nahversorgung der Menschen vor Ort beziehen. Um Lebensraum attraktiv zu gestalten, darf die nächste Einkaufsmöglichkeit nicht zehn Kilometer entfernt sein. Ebenso gilt dies für die Ärzteversorgung. Die bisherigen Bemühungen zur Ärzteversorgung auf dem Land müssen intensiviert und regelmäßig im Rahmen eines Runden Tisches besprochen, eventuell verändert und an aktuelle Gegebenheiten angepasst werden. Ein Maßnahmenpaket allein wird keine Hausärzte in den ländlichen Raum bringen, sondern dessen konsequente Umsetzung.

Home-Office hat in den vergangenen Monaten einen höheren Stellenwert erhalten. Grundlage für ein funktionierendes Home-Office ist eine gute Ausstattung mit

Breitband- und Glasfaseranschlüssen. „Fiber-to-the-Home“ muss konsequent betrieben und umgesetzt werden. Dabei muss die aktuelle Preisgestaltung für die Breitbandangebote vor Ort dringend überarbeitet und modernisiert werden. Während in großen Städten Geschwindigkeiten von rund 1 GB pro Sekunde normal werden, sollte im ländlichen Raum nicht für einen Bruchteil dieser Geschwindigkeit ein überdurchschnittlicher Preis bezahlt werden müssen.

Beschluss 2.4. Mobilität: Kinzigtal-Bahn – ICE-Strecke, E-Mobilität

Antragsteller*in: Mareike

Text

Der MKK wächst. Die Ausdehnung des Kreises reicht von der Metropolregion FrankfurtRheinMain bis in die Randlagen von Vogelsberg und Spessart. Mit seinen Oberzentren, Mittelzentren und ländlichen Gebieten werden große Anforderungen an die Mobilität gestellt.

Der MKK verfügt über ein umfangreiches Infrastrukturangebot. Die Schienenstrecken sind jedoch weiterhin stark überlastet. Der jeweilige Ausbau der Kinzigtal-Bahn, der Nordmainischen S-Bahn sowie der Niddertalbahn stehen weiter auf der Agenda. Mit dem Dialogprozess zum Ausbau der Bahnstrecke Hanau – Gelnhausen und der Neubaustrecke Gelnhausen Fulda wurde über mehrere Jahre unter der Einbindung von Politik, Initiativen und Verbänden der Streckenverlauf erörtert. Ein zügiger Ausbau ist jetzt wichtig. Den Forderungen nach Schallschutz und barrierefreiem Ausbau der Bahnhöfe wurde weitgehend Rechnung getragen. Mit einem tragfähigen Schienennetz können die verkehrlichen Herausforderungen an moderne Mobilität gemeistert werden.

Auch die kleineren Bahnhöfe an Nebenstrecken müssen barrierefrei ausgebaut werden.

Mit einem attraktiven schienengebundenen Verkehrsangebot können klimaschädliche Flüge vermieden werden. Auch der Freizeitverkehr sowie der Tourismus sind auf umweltverträgliche Mobilität angewiesen.

Gleichzeitig mit dem Ausbau der Kinzigtal-Bahn und den Bahnhöfen ist die Anbindung der Bahnhöfe an den regionalen Verkehr zu planen. Bestehende Probleme beim Übergang von Bahn auf Bus und umgekehrt sind im Rahmen eines Mobilitätskonzeptes umgehend zu beheben.

Wir Grünen setzen sich dafür ein, Regionalexpress- und Regionalbahn-Angebote auszuweiten und in den Zeiten starker Pendlernachfrage über längere Zeitfenster in echten 30-Minuten-Takten anzubieten. Der Ausbau des schienengebundenen Verkehrs, insbesondere der Kinzigtal-Bahn als Rückgrat des MKK, ist in den nächsten Jahren von besonderer Bedeutung.

Gut ausgebaute Schienenverbindungen sind ein wichtiger Baustein beim Kampf gegen den Klimawandel. Ein attraktives Netz zum schnellen Erreichen von größeren Städten mit mehr Verbindungen und höherer Taktung ist dabei wichtig. Hierfür muss der Einsatz für mehr ICE-Halte am Hauptbahnhof Hanau erfolgen und auch ein Halt für Schnellverbindungen im östlichen MKK angestrebt werden.Wir setzen uns für eine Aufwertung der Bahnhöfe ein mit ausreichend, sauberen und barrierefreien Wartebereichen ein.

Die Busanbindungen müssen auf den Bahnverkehr abgestimmt werden, damit ein problemloser Übergang möglich wird und kurze Wartezeiten gewährleistet sowie die Sicherheit der Umsteigenden verbessert werden. Hier besteht bereits jetzt erheblicher Handlungsbedarf. Die Ertüchtigung bzw. der weitere Ausbau der Schieneninfrastruktur wie der Niddertalbahn, der Nordmainischen S-Bahn und der Lahn-Kinzig-Bahn bleiben weiter vordringlich und sind zu forcieren.

Die Infrastruktur für Elektromobilität muss im MKK ausgebaut werden, hierzu gehören der Ausbau der Lade-Infrastruktur sowohl für E-Autos als auch E-Bikes. Elektromobilität sowie Wasserstoffantrieb für Fahrzeuge sind Zukunftsfelder, auch im öffentlichen Personennahverkehr oder in der Logistik. Ein Förderprogramm für E-Lastenräder soll aufgelegt werden.

Zur Erfassung und Planung eines modernen, umweltverträglichen und nachhaltig organisierten Verkehrs ist für den MKK ein Mobilitätsplan aufzustellen. Dafür setzen sich die Grünen Main-Kinzig in besonderer Weise ein. Dieser Plan muss sowohl die Verkehre im MKK abbilden als auch die Bezüge in die Nachbarkreise.

Ziel eines Mobilitätsplanes ist, den Mobilitätsanforderungen aller EinwohnerInnen, PendlerInnen, gerecht zu werden sowie Schülerverkehre und Freizeitverkehre abzubilden.

Einzubinden sind zudem unter anderem Carsharing-Angebote, Bürgerbusse oder Anrufsammeltaxen. Für eine Ausweitung dieser Angebote muss weiter geworben werden.

Das Fahrrad spielt eine immer größere Rolle nicht nur in den Städten sondern auch und vor allem im ländlichen Raum. Deshalb fordern wir den zügigen Ausbau von straßenbegleitenden Radwegen an allen Kreis- und Landesstraßen und den fahrradgeeigneten Ausbau der Wirtschafstwege.

Beschluss 2.5. Stärkung des fairen Handels im Main-Kinzig-Kreis, weniger Plastik und weniger Einwegmüll, nachhaltiger Tourismus

Antragsteller*in: Mareike

Text

Stärkung des fairen Handels

Schon beim Frühstück beteiligen wir uns im MKK am Welthandel – ob wir Kaffee, Tee oder Orangensaft bevorzugen oder Schokoaufstriche verzehren. Kaffee ist das beliebteste Getränk der Deutschen – vor Wasser und Bier. 25 Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fahren 80 Prozent der weltweiten Kaffeeernte ein – während wenige große Firmen den Handel dominieren und die Preise niedrig halten. Es wird derzeit 60% weniger für das Pfund Rohkaffee bezahlt als noch 1983. Die niedrigen Preise sorgen für Armut und Kinderarbeit auf der Seite der Produzierenden.

Auf Initiative der Grünen hat sich der MKK auf den Weg gemacht, Fairtrade-Landkreis zu werden und sich der „Rhein.Main.Fair-Metropolregion" anzuschließen.

Gemeinsam mit den bereits zertifizierten Fairtrade-Städten Gelnhausen, Erlensee, Maintal und Rodenbach und all den weiteren, die bald die Kriterien von Fairtrade Deutschland zur Zertifizierung erfüllen werden (Hanau, Bruchköbel, Nidderau, Großkrotzenburg, Wächtersbach, Brachttal, Stand: Juli 2020), wollen wir den fairen Welthandel auf lokaler Ebene stärken. In Fairtrade-Towns müssen beispielsweise in öffentlichen Einrichtungen fair gehandelte Produkte angeboten und über den fairen Handel regelmäßig informiert werden.

So hoffen wir, dass Sozialstandards besser beachtet werden, ArbeiterInnen gerechtere Löhne erhalten und Kinderarbeit eingedämmt wird. Menschen sollten mit ihrer Arbeit mindestens so viel verdienen, dass sie davon leben und ihre Kinder nicht zur Arbeit, sondern zur Schule schicken können. Dazu wollen wir als MKK unseren Teil beitragen.

Wir wollen die Wichtigkeit für fair gehandelte Produkte in den Schulen und öffentlichen Einrichtungen des MKK hervorheben und erreichen, dass in den Firmen des MKK mehr fair gehandelte Produkte angeboten werden. Dies soll durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden. Der faire Handel soll zu einem zukunftsweisenden Markt werden. Bei Produkten aus fairem Handel gehen Sozial- und Umweltverträglichkeit sowie Qualität und guter Geschmack Hand in Hand.

Wir möchten im MKK beim Einkauf einen Dreiklang erreichen: Regional, Bio und fair. Dafür setzen wir uns im MKK für die Förderung der ökologischen Landwirtschaft sowie Einrichtungen nach dem Vorbild des „MKK-Lädchens", welches regionale Produkte anbietet, ein.

Weniger Plastik, weniger Einwegmüll

Mit zwei Anträgen in der vergangenen Wahlperiode hat die Grüne Kreistagsfraktion erreicht, dass in allen Einrichtungen des Kreises sowie in den kreiseigenen Gesellschaften auf vermeidbares Einwegplastik verzichtet wird und ein kreisweites Mehrwegbecherpfandsystem, der „MKK-Krug", eingeführt werden soll (Stand Juli 2020).

Wir begrüßen die Möglichkeit, in mehreren Unverpackt-Läden sowie in einigen größeren Supermärkten an Unverpackt-Stationen einzukaufen. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung wollen wir erreichen, dass es ein flächendeckendes Angebot von „Unverpackt-Einkaufsmöglichkeiten“ im MKK gibt.

Wir möchten, dass der MKK weitere Geschirrmobile beschafft, um Vereinen und Privatleuten die Möglichkeit zu geben, plastikfreie Veranstaltungen durchzuführen.

Nachhaltiger Tourismus

Der Bedarf an regionalen Erholungsmöglichkeiten und Tourismusangeboten wird in den nächsten Jahrzehnten aufgrund der wachsenden Bevölkerung im Ballungsraum Rhein-Main weiter steigen. Die Städte, Gemeinden und Landschaften im MKK eignen sich hervorragend als Nah-Destinationen für Tages- oder Wochenendausflüge, aber auch für längere Aufenthalte.

Die Destinationen müssen im MKK mit den öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem eigenen Fahrrad erreicht werden. Ziel sollte es sein, dass die Möglichkeit zum Ausleihen von Fahrrädern vor Ort gegeben ist. Dabei muss der Tourismus im Einklang mit der Natur gestaltet werden. Sensible Bereiche dürfen nicht gefährdet und Flächen vor Ort beispielsweise wegen Parkplätzen nicht versiegelt werden. Nachhaltiger Tourismus steht im Einklang mit Natur und Landschaft und ist auf ein nachhaltiges Wirtschaften ausgerichtet. Er setzt auf Ressourceneffizienz und bietet so Voraussetzungen, dauerhaft zu einer regionalen Wertschöpfung beizutragen.

Beschluss 2.6. Digitaler MKK und Breitbandausbau

Antragsteller*in: Mareike

Text

Mit der Gründung der Breitband Main-Kinzig GmbH 2012 wurden frühzeitig die Weichen für den Ausbau eines leistungsfähigen Glasfasernetzes im MKK gestellt. Inzwischen wurde der Ausbau der wichtigsten Bereiche des MKK abgeschlossen. Die Anbindung weiterer entlegener Stationen erfolgt und auch der Ausbau des Glasfasernetzes in Gewerbegebieten schreitet voran. Damit wurden die Voraussetzungen für zahlreiche digitale Dienstleistungen im MKK geschaffen. Das Angebot einer schnellen Internetverbindung gehört heute zur Daseinsvorsorge.

Mit dem Ausbau wurde es den Unternehmen ermöglicht, ihre Dienste auch im ländlichen Raum anzubieten. Der Anschluss aller Schulen an das Breitbandnetz hat sich insbesondere in Zeiten von Corona bewährt.

Aufgrund der Fördersituation wurden insbesondere die Verlegung von Glasfaser und die Errichtung von Verteilerstationen vorangetrieben. Die Verbindung von den Verteilerstationen zu den Gebäuden erfolgt mehrheitlich über Kupferkabel. Langfristig ist es sinnvoll, dass die Breitband Main-Kinzig GmbH in die Lage versetzt wird, verstärkt Gewerbetreibende und auch private Haushalte mit einem direkten Glasfaseranschluss zu versorgen. Eine Strategie zur Erhöhung des Anteils an direkten Glasfaserzugängen für Haushalte und Gewerbe über die bisherigen Angebote hinaus ist gemeinsam mit der Breitband Main-Kinzig GmbH zu entwickeln.

Schnelles Internet ist bei Industrie, Handel, Gewerbe, Selbstständigen, Schulen und auch in der Freizeit für viele unverzichtbar. Die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Attraktivität von Schulen und auch von Wohnstandorten ist inzwischen an die Verfügbarkeit von schnellem Internet gebunden

Die Corona-Krise hat zu einem deutlichen Anstieg der Arbeit im Home-Office geführt. Hier zeigt sich, welch hohe Bedeutung eine funktionierende und schnelle digitale Infrastruktur hat.

Es ist davon auszugehen, dass diese Arbeitsform noch an Bedeutung gewinnen wird.

Ebenfalls durch die Corona-Krise bekam das Thema „Digitalisierung“ für die Schulen eine besondere Relevanz. Die Ausstattung von Schulen im Hinblick auf die Nutzung digitaler Medien unter dem Primat der Pädagogik ist weiter zu verbessern, so dass die Möglichkeiten der Digitalisierung verantwortungsvoll genutzt werden können. Hierbei ist insbesondere darauf zu achten, dass alle SchülerInnen gleichwertige Möglichkeiten zur Nutzung digitaler Medien erhalten. Die Konzentration auf digitale Medien in den Schulen reicht nicht aus. Es müssen Wege gefunden werden, die digitalen Kompetenzen zu stärken und vor allem digitale Teilhabe zu ermöglichen. Unter anderem soll dies durch Angebote der Bildungspartner Main-Kinzig ermöglicht werden.

Die Schulen dürfen dabei nicht auf sich gestellt bleiben, sondern müssen durch die Bereitstellung von IT-Fachpersonal, MedienberaterInnen und zentraler Dienstleistungen dauerhaft unterstützt werden. Angebote zur Qualifikation von Lehrkräften und zur Steigerung der Informatik- und Digitalkompetenzen bei Lehrkräften sind zu konzipieren.

Beschluss 2.7. Entwicklung des Sports im Main-Kinzig-Kreis und Aufwertung des Ehrenamtes

Gremium:	KMV
Beschlussdatum:	16.09.2020

Text

Jede/r dritte Einwohner/-in des MKK ist Mitglied in einem Sportverein. Laut der neusten Bestandserhebung des Sportkreises Main-Kinzig sind dies 132.967 Menschen zum Stand 01.01.2020. Das Thema Sport ist somit alltäglich für viele Menschen im Kreis. Aber auch die Probleme wie fehlendes Geld, veraltete Sportstätten, hoher Bürokratieaufwand, zu geringe Hallenkapazitäten oder fehlender Nachwuchs sind in vielen der 575 Turn- und Sportvereine alltäglich. Die Sportpolitik steht vor einem tiefgreifenden Wandel, der mit großen Herausforderungen einhergeht. Wir Grünen wollen diese Herausforderungen gemeinsam mit den Turn- und Sportvereinen zum Wohle aller Sporttreibenden im Kreis lösen.

Sport beginnt meist im frühen Kindesalter. Wir möchten deswegen die Bewegungsförderung in Kindertageseinrichtungen intensivieren, um eine motorische Grundausbildung für Kinder von drei bis sieben Jahren zu ermöglichen. Sport soll ein präsentes und wichtiges Thema in den Schulen des Kreises werden. Die Einrichtung einer dritten Sportstunde sowie die bewegungsanregende und bewegungsfreundliche Gestaltung von Schulhöfen sind ebenso wichtig wie ausreichender Schwimmunterricht. Jedes Kind soll nach Abschluss der Grundschule schwimmen können. Das Ziel des Programms „Schwimmfix“ ist im MKK umzusetzen. In der vergangenen Wahlperiode wurde von Seiten der Großen Koalition eine eigenständige Förderung von Schwimmbädern im Kreis konsequent abgelehnt. Wir als Grüne sehen den Erhalt der Schwimmbäder und damit die Möglichkeit, weiterhin Schulschwimmen anzubieten, als wichtig an. Auch die bestehenden Hallenkapazitäten sowie Sportanlagen sollen moderat erweitert und qualitativ aufgewertet werden. Ein zentraler Kunstrasenplatz des Kreises soll für Entlastung von stark genutzten Sportplätzen sorgen, wenig genutzte Sportplätze sollen zur Disposition stehen und über eine zentrale Anlaufstelle des Kreises an andere Vereine ohne freie Kapazitäten vermittelt werden können.

Durch die Ausweitung von Ganztagsangeboten an den Schulen des Kreises stehen die Vereine vor neuen Herausforderungen. Wir möchten Schule und Verein im MKK zusammenbringen, sodass die Vereine bei der Gestaltung der nachmittäglichen Bewegungsangebote beim Ganztagsunterricht mithelfen können. Hierbei ist es vor allem wichtig, die Kommunikation und Kooperation unter den Akteuren im Bereich Sport und Bewegung auszubauen und zu intensivieren. Die Zusammenarbeit unter den Vereinen im Rahmen von Spielgemeinschaften, die Einrichtung gemeinsamer Geschäftsstellen und die gemeinsame Nutzung von Sportanlagen soll vom MKK gefördert und durch Know-How und Organisation unterstützt werden. Die Zusammenarbeit mit dem Sportkreis Main-Kinzig ist hier zu stärken.

Dabei ist es wichtig, die Angebote im Kreis auf einer zentralen Plattform und durch entsprechende mediale Arbeit den Sport und die Sportangebote im Kreis sichtbar zu machen, beispielsweise durch einen „Tag des Sports“.

Es darf nicht vergessen werden, welche wichtige Arbeit die Ehrenamtlichen in den Vereinen Tag für Tag erledigen. Das Ehrenamt muss im MKK weiter gefördert werden. Wichtig ist aber auch, dass die Bürokratie nicht dem Engagement im

Ehrenamt im Weg steht. Außerdem soll eine rechtliche Sicherheit geschaffen werden, sodass Vereinsverantwortliche bei nicht verantworteten Verstößen keine persönliche Haftung zu befürchten haben. Bei fehlendem Nachwuchs soll es dem Verein schnell möglich sein, durch entsprechende Angebote an den Ganztagsschulen des Kreises zu werben. Kein Verein im MKK soll mehr aus vermeidbaren Gründen aufgelöst werden müssen.

Beschluss 3. Gesellschaftspolitik

Antragsteller*innen:

Text

Zeile 718: Auch der Anschlag von Hanau darf nicht vergessen werden.
Hier bitte ausführlicher:
Rassismus tötet - jeden Tag und auf der ganzen Welt, leider auch vor unserer Haustür. Nach dem versuchten Mord in Wächtersbach im letzten Jahr an einem Eritreer, hat ein Attentäter in Hanau am 19. Februar 2020 neun Menschen aus rechtsextremistischen Motiven erschossen. Für die Angehörigen, die Überlebenden, die Augen- und Ohrenzeugen sind noch viele Fragen offen. Wir unterstützen ihre Forderungen nach lückenloser Aufklärung des Tathergangs und der Fahndung in der Tatnacht sowie ihren Wunsch nach einer angemessenen Gedenkstätte in der Mitte der Stadt

Auch wir wollen, dass Hanau Endstation der langjährigen Geschichte rechts motivierter Anschläge in Deutschland ist.

Beschluss 3. Gesellschaftspolitik

Antragsteller*innen:

Beschluss 3.1. Zivilgesellschaft, Bürgerrechte, Rechtsextremismus, Flüchtlingspolitik, Wahlalter

Antragsteller*innen:

Text

Demokratie und Bürgerbeteiligung

Eine lebendige Demokratie beschränkt sich nicht nur auf das Wahlrecht, auch zwischen den Wahlen sollen BürgerInnen per Bürgerbegehren und -entscheid über wichtige kommunalpolitische Sachfragen entscheiden können. Eine bessere Beteiligung von BürgerInnen an politischen Entscheidungen und planerischen Großvorhaben ist ein wichtiger Schritt für mehr Akzeptanz. Wir Grünen treten daher für eine Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre sowie für Erleichterungen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ein.

Wir Grünen wollen für einzelne Projekte des Kreises repräsentative Gruppen zufällig ausgewählter BürgerInnen zur Beratung heranziehen und gezielt Planungszellen einsetzen.

Auch Verwaltung und Kommunalpolitik müssen offen für neue Formen der Bürgerbeteiligung bleiben. Alle EinwohnerInnen des MKK sollen ihren Willen in Empfehlungen an den Kreistag im Rahmen einer Fragestunde vor den Kreistagssitzungen ausdrücken können.

Um die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an relevanten Entscheidungen weiter auszubauen, sind die Möglichkeiten des Internets zu nutzen und stetig zu erweitern. Ebenso soll das Dienstleistungs- und Informationsangebot des Kreises weiter ausgebaut und optimiert werden. Hier sollen alle erdenklichen Formen des E-Governments Anwendung finden. Anträge und Formulare sollen möglichst schon online ausfüllbar sein.

Um allen BürgerInnen den Zugang zu elektronischen Angeboten zu erleichtern, wollen wir den Einsatz von kostenlosen Open Source-Lösungen in der Verwaltung voranbringen. Hier ist auch langfristig auf die entstehenden Kosten zu achten. Zu persönlichen Behördengängen soll als Alternative ein weites Angebot an elektronisch verfügbaren Formularen und Informationen weiterentwickelt werden. Die Digitalisierung der Verwaltung soll weiterentwickelt werden und ein niederschwelliger Zugang zu digitalen Angeboten soll geschaffen werden.

Der Internetauftritt des Kreises muss eine leicht auffindbare Feedbackmöglichkeit für die BürgerInnen erhalten. Es sollte möglich sein, direkt zu dem aufgerufenen Abschnitt Rückmeldung zur Nützlichkeit zu geben. Die Seiten sollen weiter barrierefrei und mehrsprachig ausgebaut werden und auf datenschutzrechtlich problematische und proprietäre Elemente verzichten.Außerdem fordern wir dort, wo es noch nicht geschehen ist, die Umformulierung in eine gendergerechte Sprache.

Wir unterstützen auch Initiativen zur Bereitstellung eines freien WLAN-Netzes. Bei allen Fortschritten auf dem Weg in die digitale Gesellschaft müssen aber auch die Risiken im Blick behalten werden und die BürgerInnen müssen Schulungsangebote zum gesamten Themenspektrum erhalten. Nur gut informierte Menschen können das Internet frei und ihrem Willen folgend nutzen – informationelle Selbstbestimmung ist nicht angeboren, sie muss gelernt werden. Hier muss bereits in der Schule angesetzt werden. Wir schlagen daher vor, den

MKK zur „Demokratie-Schul-Modellregion“ zu machen und für jede Schulklasse der Mittelstufe mindestens eine Stunde in der Woche Demokratie- und Medienschulung zu unterrichten.

Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss die Ausnahme bleiben, sie muss kontrolliert und regelmäßig auf ihren Nutzen hin evaluiert werden.

Besonders kommunale Verwaltungen arbeiten mit sensiblen Daten, die geschützt werden müssen. Insbesondere fordern wir hier, kommunale Rechner nur mit aktuellen und sicheren Betriebssystemen zu betreiben, idealerweise auf Grundlage freier und quelloffener Software. Der Internetauftritt unseres Kreises soll aktuellen Sicherheits- und Datenschutzstandards entsprechen. Ein mittelfristiger Umstieg auf Linux als Betriebssystem sowie quelloffene Software soll geprüft werden.

Wir wollen den BürgerInnen ermöglichen, sicher per E-Mail mit ihrer Verwaltung zu kommunizieren. Die E-Mail-Verschlüsselung muss höchstmöglichen, transparenten und kontrollierbaren Standards entsprechen. So wie beim Briefgeheimnis dürfen nur Absender und Adressat wissen, was in der E-Mail steht.

IT-Sicherheit für den Main-Kinzig-Kreis

Wir leben in einer Zeit, in der Kriege und Kriminalität längst auch im Internet stattfinden. Es ist unsere Aufgabe, die Verwaltung und auch die BürgerInnen bestmöglich zu schützen. Daher fordern wir ein aktualisiertes IT-Sicherheitskonzept für unsere Kreisverwaltung. Mit einem transparent dokumentierten und durch BürgerInnen und MandatsträgerInnen kontrollier- und verbesserbaren IT-Sicherheitskonzept wollen wir uns vor Gefahren schützen.

Wir wollen das IT-Sicherheitskonzept auch zum Anlass nehmen, den Datenschutz der BürgerInnen und Angestellten zu verbessern.

Open Data – Daten zurückgeben!

Daten sind wirtschaftliche Ressource und notwendiges Element demokratischer Teilhabe zugleich. Wir wollen die Daten (ohne Personenbezug) öffentlich zugänglich machen, die mit öffentlichen Mitteln gesammelt wurden. In Städten wie Wien und London wird Open Data bereits als Erfolgsmodell praktiziert und ist ein wertvoller Standortfaktor. Informationsfreiheit ist für uns auch ein Grundrecht. Wir fordern deshalb eine Informationsfreiheitssatzung für den Kreis.

Rassismus und Extremismus: Nein danke!

Jeder Mensch hat das Recht, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Konfession, am alltäglichen Leben ohne Benachteiligung, Diskriminierung und Rassismus teilnehmen zu können. Demokratie kann erst dadurch gelingen, wenn die komplette Gesellschaft repräsentiert wird. Wir Grünen stellen uns klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dies schließt eine Kooperation mit rechten Parteien entschieden aus.

Rassismus muss institutionell und strukturell bekämpft werden. Dies geschieht durch die Förderung der Diversität in der Verwaltung und den kreiseigenen Betrieben. Unterstützt werden soll dies durch die Einführung eines/einer Antidiskriminierungsbeauftragten. Diese/r soll sich unter anderem auch dem Thema „Mehrfachdiskriminierung“ annehmen. Entsprechende Arbeitsprogramme sollen von dem/der Beauftragten erarbeitet werden.

Wir fordern, dass der MKK ein Konzept erarbeitet, um die Sicherheit für besonders gefährdete Orte im Kreis (beispielsweise Moscheen, Synagogen) zu erhöhen. Dies soll in Zusammenarbeit unter anderem mit dem Polizeipräsidium Südosthessen und den jeweiligen VertreterInnen der zu schützenden Orte geschehen.

Geflüchtete Menschen müssen menschenwürdig untergebracht werden. Der MKK hat hier Sorge zu tragen, dass die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen dafür ausreichen. Gleichzeitig fordern wir, dass der MKK der Initiative „Sichere Häfen“ beitritt. Dies wurde von den Parteien in der vergangenen Wahlperiode abgelehnt.

Wir fordern und fördern eine Gedenkkultur im MKK. Wir sind uns der schrecklichen und menschenverachtenden Taten der NS-Zeit bewusst und fördern einen offenen Umgang mit dieser Zeit in den Schulen des Kreises. Auch der Anschlag von Hanau darf nicht vergessen werden.

Rassismus tötet - jeden Tag und auf der ganzen Welt, leider auch vor unserer Haustür. Nach dem versuchten Mord in Wächtersbach im letzten Jahr an einem Eritreer, hat ein Attentäter in Hanau am 19. Februar 2020 neun Menschen aus rechtsextremistischen Motiven erschossen. Für die Angehörigen, die Überlebenden, die Augen- und Ohrenzeugen sind noch viele Fragen offen. Wir unterstützen ihre Forderungen nach lückenloser Aufklärung des Tathergangs und der Fahndung in der Tatnacht sowie ihren Wunsch nach einer angemessenen Gedenkstätte in der Mitte der Stadt.

Wir als Grüne hinterfragen kritisch koloniale Straßennamen. Sklaverei und Mord sollen keine Beweggründe sein, auf einem Straßennamen verewigt zu werden. Wir fordern deswegen die Abschaffung von kolonialen Straßennamen sowie deren Umbenennung.

Einen weiteren Baustein für aktive und gelebte Demokratie bildet das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“. Es setzt mit seinen Programmen ein Signal für Extremismusprävention und bietet professionelle und kostenlose Beratung für Personen oder Institutionen an, die von Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus betroffen sind. Darüber hinaus wollen wir mit dem MKK am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ teilnehmen, was wir bereits 2018 beantragt haben. Insbesondere nach den Anschlägen von Wächtersbach und Hanau ist klar, dass wir auch hier vor Ort ein wachsendes Problem mit Extremismus und Rassismus haben und hier gegensteuern müssen. Der MKK muss daher auch in die kleineren Gemeinden im ländlichen Raum mit entsprechenden Angeboten und Veranstaltungen gehen, um dort gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu wirken.

Der MKK muss außerdem bei der Erfassung von Waffenbesitzkarten, Waffen und Sprengstoffen eng mit den Kommunen zusammenarbeiten, um zu verhindern, dass Extremisten sich Waffen beschaffen können. Es ist ein/e Waffenbeauftragte/r zu benennen, die/der in den Gemeinden, insbesondere in Schützenvereinen, aktiv auftritt und klar macht, dass Waffen in den Händen von Extremisten und Rassisten nichts zu suchen haben und dass „Wegsehen“ auch für Vereinsmitglieder nicht akzeptabel ist. Die Sicherheit aller BürgerInnen ist höchstes Gut und es ist unsere gemeinsame Aufgabe, jeden Hinweis auf extremistische Umtriebe ernst zu nehmen und Auffälligkeiten nachzugehen.

Beschluss 3.2. Frauen - Gleichberechtigung durchsetzen

Antragsteller*innen:

Text

Wir Grünen setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der sich unterschiedliche Lebensentwürfe von Frauen und Männern gleichberechtigt verwirklichen lassen. Nach wie vor ist die Gleichberechtigung von Frauen noch nicht erreicht. Daher ist es erforderlich, dass dieser Bereich bei den gesetzlichen Vorgaben berücksichtigt wird.

Der gleiche Lohn für die gleiche Arbeit muss auch im MKK selbstverständlich werden. Die derzeit noch bestehende Lohn-Diskrepanz muss aufgehoben werden. Eine angemessene Bezahlung ermöglicht den Frauen ein selbstbestimmtes Leben und hat Auswirkungen auf die Rente. Frauen dürfen nicht in Mini-Jobs gedrängt werden, in denen sie keine gesetzliche Absicherung haben und nichts in die Rentenkasse eingezahlt wird. Wir setzen ebenfalls auf die Begrenzung von Leiharbeit und die Vermeidung von befristeten Arbeitsverträgen.

Gerade im Hinblick auf Altersarmut, von der Frauen bedingt durch ihre Erwerbsbiografie stärker betroffen sind, setzen wir uns für eine Abschaffung der Mini-Jobs ein.

Eine Aufwertung aller Pflegeberufe ist überfällig. Gerade die Corona-Epidemie hat erneut gezeigt, welche Berufe systemrelevant sind. Diese Berufsgruppen müssen aufgewertet und besser bezahlt werden.

Viele Frauen sind sehr gut ausgebildet und hoch qualifiziert. Mehr als 50 % der Hochschulabschlüsse werden von Frauen absolviert. Das muss sich auch in den Verwaltungen, den Aufsichtsräten und den Unternehmen widerspiegeln. Für uns Grüne ist es erforderlich, die Quote für Frauen in den oberen Führungsetagen auf mindestens 50 % zu erhöhen und die Umsetzung einzufordern. Dies gilt selbstverständlich auch für die Kreisverwaltung und die kreiseigenen Gesellschaften.

Wir wollen mehr Frauen für die Kommunalpolitik im Main-Kinzig-Kreis begeistern.Wir wollen Frauen motivieren, sich kommunalpolitisch zu beteiligen und somit das kommunale Ehrenamt stärken. Dazu müssen Bedingungen für die Ausübung eines politischen Mandatas geschaffen werden, die auf die Lebenswirklichkeit von Frauen angepasst werden.
Familienfreundlich terminierte Parlaments- und Ausschussitzungen, die zeitlich begrenzt sind, können das politische Engangement von Frauen erleichtern.

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine gute Kinderbetreuung unabdingbar. Der Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder aller Altersstufen – von einem bis zwölf Jahre – ist für uns eine wichtige Forderung.

Gleichzeitig wollen wir Anreize schaffen, um den Vätern die Möglichkeit von Elternzeit und Arbeit in Teilzeit ohne Verlust des Status zu ermöglichen. Nach Untersuchungen der Bundesregierung wollen sich mehr als 60 % der jungen Väter mehr in der Familienarbeit engagieren.

Alleinerziehende Frauen und deren Kinder bedürfen einer besonderen Förderung, um der Kinderarmut vorzubeugen. Mit besonderen Zuschüssen und der Abschaffung des Ehegattensplittings wollen wir für eine Verbesserung sorgen.

Wir Grünen sind gegen Diskriminierung und alle sonstigen Formen von Gewalt. Gewalt und gerade häusliche Gewalt, sind in unserer Gesellschaft alltäglich, jeden dritten Tag wird eine Frau im Rahmen einer Beziehungstat getötet. Wir setzen uns daher für eine strukturelle Veränderung unserer Gesellschaft hin zur Gewaltfreiheit ein. Die Frauenhäuser im MKK müssen als Zufluchtsstätte für Frauen finanzielle Unterstützung erhalten. Ebenfalls die Beratungsstelle „Lawine“ als Anlaufstelle für sexuell missbrauchte Frauen und Mädchen. Wir Grünen fordern besondere Wohnprojekte, die sich speziell an Frauen richten und bezahlbaren Wohnraum ermöglichen.

Auch in der heutigen Zeit sind Frauen* leider immer noch von sogenannten Angsträumen (dunkle Straßen, Bahnhöfe, Heimweg in der Nacht) betroffen. Solche Angsträume müssen konsequent bekämpft werden. Wir fordern zu dieser Problematik Präventionsmaßnahmen wie Frauen*taxen und Belebung von dunklen Orten.

Frauen mit Migrationahintergrund, die im Main-Kinzig-Kreis ankommen, sollen von SozialarbeiterInnen unterstützt werden. Eine Beratungsstelle und ein interkulturelles Zentrum sollen ihnen das Ankommen im Main-Kinzig-Kreis erleichtern. Insbesondere soll dort über das Betreuungsangebot für Kinder informiert werden.
Deutschkurse für alle Frauen mit Migrationshinergurnd in einem geschütztem Rahmen mit garantierter Kinderbetreuung sind für uns eine Selbstverständlichkeit.

Beschluss 3.3. Sozialpolitik – Sich mit Schwachen solidarisieren

Antragsteller*innen:

Text

Solidarität mit den Schwachen ist eine der Grundsäulen grüner Kommunalpolitik. Der demographische Wandel erfordert bei uns im MKK einen umfassenden Blick auf unsere Gemeinden und die Bedürfnisse der BewohnerInnen. Das Leben im ländlichen Raum wollen wir durch ein ausgewogenes Miteinander von Politik, Wirtschaft und Ideen von MitbürgerInnen für alle attraktiver und bunter gestalten. Gerade in einem so heterogenen Gebiet wie dem MKK mit klaren Großstadtrandlagen und dörflich-ländlichen Gebieten, bedürfen die Schwächeren der Solidarität aller. Auch im MKK gibt es Menschen, die unsere Unterstützung brauchen, ob bei Krankheit, in Lebenskrisen, bei Behinderung, in finanziellen Notlagen oder im Alter.

Wir Grünen setzen uns für den Erhalt unserer vielfältigen Betreuungs-, Begegnungs- und Integrationsangebote für alle Generationen ein. Dabei wollen wir gemeinschaftlichen und integrativen Einrichtungen den Vorrang geben gegenüber Spezialangeboten, die auch ausgrenzend wirken können.

Wir wollen insbesondere das generationenübergreifende Zusammenleben fördern. Deshalb treten wir für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekte ein. Solche Projekte können unter anderem auch die Integration fördern und ein gemeinsames Leben mit und ohne Behinderung möglich machen. Wir Grünen setzen uns für eine bedarfsgerechte Struktur für SeniorInnen ein.

Zum Abbau von Arbeitslosigkeit möchten wir einen kommunalen sozialen Arbeitsmarkt mit dauerhaften sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen erreichen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für uns ein wichtiges Merkmal hoher Lebensqualität, das es gemeinsam mit den Kommunen zu erhalten und auszubauen gilt. Um allen Kindern die bestmöglichen Chancen im Leben zu geben, begreifen wir Betreuungsangebote gerade auch als Bildungsangebote, die es nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ auszubauen gilt. Dabei setzen wir uns für ein vielfältiges Angebot und größtmögliche Wahlfreiheit für die Familien ein.

Beschluss 3.4. Jugend, Jugendhilfe und Kinderschutz

Antragsteller*innen:

Text

Die Kinderzahlen steigen und die Nachfrage der Eltern nach Betreuungsangeboten wächst auch für jüngere Kinder. Die Initiative des Landes Hessen im Rahmen des „Gute-Kita-Gesetz“ verstärkt diese Anforderungen mit den erhöhten Richtwerten für Fachkräfte in der Betreuung für Kindertagesstätten.
Kinder bedürfen dem besonderen Schutz und der Fürsorge und Förderung ihrer Eltern, damit sie sich zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten entwickeln können.
Gestiegene Zahlen von vernachlässigten, misshandelten und von sexualisierter Gewalt betroffener Kinder zeigen auf, dass nicht alle Kinder unter für ihre Entwicklung zuträglichen Bedingungen aufwachsen.
Gerade die jüngeren Kinder, die unter schwierigen familiären Bedingungen heranwachsen brauchen unsere besondere Unterstützung auch in Krisenzeiten.

Das Kreisjugendamt setzt schon lange auf Hilfen im Sozialraum, indem es das soziale Umfeld der Kinder und Jugendlichen mit entsprechenden Angeboten gezielt aktiviert (z.B. durch unterschiedliche Lerngruppen). So sollen Kinder und Jugendliche gestärkt und eine gute persönliche Entwicklung ermöglicht werden.
Für die Entwicklung und Pflege dieser Angebotsstruktur ist eine gute planerische Unterstützung im Hintergrund wichtig.

Wir wollen im Kreisgebiet in jeder Kommune eine passende Versorgung, Hilfe und Unterstützung für alle Kinder, Jugendlichen und deren Familien erreichen, egal woher sie kommen und wie lange sie schon in der Kommune leben. Wir wollen gute Netzwerke für Kinder, Jugendliche und Familien in den Kommunen erhalten und schaffen.

Etablierte Strukturen in den Behörden und die bewährten Projekte freier Träger sollen bewahrt und weiterentwickelt werden. Dazu gehören eine gute personelle und finanzielle Ausstattung der Hilfeleistungen sowie die Schaffung einer Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte.

Die Bedingungen des Aufwachsens müssen verbessert werden. Damit dies passgenau in jeder Kommune vor Ort geschehen kann, soll Jugendpflege noch besser vernetzt und professionalisiert werden. So haben Heranwachsende unabhängig vom Wohnort bessere Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Entfaltung. Damit die Jugendarbeit auf Kreisebene ihre Koordinationsleistungen steigern und Angebote erweitern kann, braucht es hier eine Stellenerweiterung.

Mit einer guten Jugendhilfeplanung unterstützen wir die adäquate Versorgung, Hilfe und Unterstützung für alle Kinder, Jugendlichen und ihre Familien.
Gestützt auf kontinuierlich gepflegte und genutzte Datenbanken, kann so auf Entwicklungen hingewiesen werden, die veränderte, neue oder erweiterte Angebote notwendig machen.

Ein zeitnaher, bedarfsgerechter und fachlich adäquater Ausbau des Angebots in diesem Sinne braucht als Basis ausreichend Planungsressourcen, nämlich genügend fachlich qualifiziertes Personal und eine effiziente Nutzung von digitalen Möglichkeiten, leicht zugängliche Datenbanken für die verschiedenen

Nutzergruppen und einfach zu erstellende Auswertungsroutinen als Grundlage für Entscheidungen auf Kreisebene und in den Kommunen.

So können Planungsprozesse zwischen den Kommunen noch besser abgestimmt werden, um zeitnah eine gute Versorgung für alle Kinder, Jugendliche und ihre Familien erreichen zu können.

Das Kreisjugendamt braucht hier – wie andere Bereiche der Kreisverwaltung – einen deutlichen Schub in der Digitalisierung: Erweiterung der Nutzung von digitalen Kommunikationskanälen für Fort- und Weiterbildung, beispielsweise im Kontakt mit den Außenstellen und anderen Behörden oder den Anbietern von Diensten und Leistungen der Jugendhilfe. Ebenso wird eine einfache Nutzungsmöglichkeit für Kinder, Jugendliche und Eltern benötigt, wenn es um Anfragen, Austausch und Information geht.

Beschluss 3.6. Gesundheitsversorgung im Main-Kinzig-Kreis – Kommunal besser versorgt

Antragsteller*innen:

Text

Die gesundheitliche Versorgung der BürgerInnen im MKK ruht auf den Säulen der ambulanten und der stationären Versorgung. Sie umfasst aber viel mehr als die ärztliche Versorgung oder die bestmögliche Ausstattung unseres Kreises mit Krankenhäusern. Sogenannte medizinische Hilfsberufe tragen erheblich dazu bei, dass eine möglichst lange und gesunde Lebensspanne für möglichst viele Menschen Wirklichkeit wird.

Wir Grünen fordern ein integriertes ambulantes Gesundheitsversorgungskonzept, das die bisherigen Grenzen zwischen präventivem, kurativem und rehabilitativem Herangehen an Krankheiten überwindet, um eine bestmögliche Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Die Vorbeugung von Krankheiten wollen wir stärker als bisher kommunal koordinieren und durch die Kostenträger des Gesundheitswesens fördern. Die Behandlung gesundheitlich beeinträchtigter Personen soll mit einer größeren, klar strukturierten Vernetzung verschiedener medizinischer Berufsgruppen stattfinden.

Wohnortnahe kurative Gesundheitsversorgung soll für uns ein zentraler Baustein für den Landkreis Main-Kinzig und seinen BewohnerInnen bleiben. Wir fordern ein strukturpolitisch gut durchdachtes Konzept zum Erhalt und der Weiterentwicklung unserer kommunalen Main-Kinzig-Kliniken, als auch der privat und frei-gemeinnützig getragenen Reha-Einrichtungen.

Wir halten es für selbstverständlich, dass die Krankenhäuser im MKK weiterhin bestmöglich finanziell ausgestattet und gefördert werden. Wir sprechen uns für eine Erhöhung des Eigenkapitals durch den MKK aus.

Wir sprechen uns für Sanierungen und mögliche Erweiterungen der Gebäude in Gelnhausen, der Labore und die Entwicklung des Fachzentrums Schlüchtern, der Psychiatrischen/Geriatrischen und Gerontopsychiatrische Tageskliniken aus, um eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe krankenhausärztliche Versorgung der BürgerInnen im MKK sicherzustellen.

Wir fordern einen Ausbau des Hygienemanagements in den Krankenhäusern des Kreises und den dafür notwendigen interdisziplinären Austausch aller Beteiligten, damit die Ausbreitung resistenter Keime weiter eingedämmt wird.

Der MKK verfügt in weiten Teilen über eine gute haus- sowie fachärztliche Versorgung. Es zeigen sich jedoch in einigen ländlichen, aber auch stadtnahen Gebieten Versorgungslücken und insbesondere Probleme bei der Aufgabe und Übernahme von Hausarztpraxen. Hinzu kommen Entwicklungen, wie z.B. Stadt-Land-Gefälle bei der Entscheidung junger ÄrztInnen, die die bestehenden Versorgungsstrukturen in den nächsten Jahren verändern werden.

Mit der bestehenden Koordinationsstelle im Gesundheitsamt ist ein erster guter Weg beschritten worden. Wir setzen uns dafür ein, dass sich der/die Koordinator/-in im Gesundheitsamt künftig zunehmend nicht nur um ärztliche Versorgung kümmert, sondern vielmehr um Struktur, Analysen und Planung der

gesamten gesundheitlichen Versorgung und ehrenamtlich engagierten BürgerInnen. Wir fordern für dieses Tätigkeitsfeld eine personelle und organisatorische Verstärkung im Gesundheitsamt.

Wir fordern regelmäßige regionale Gesundheitskonferenzen, um durch Austausch verschiedener Akteure im Gesundheitsbereich den Status quo der Gesundheitsversorgung abzubilden und daraus entsprechende Maßnahmen für eine flächendeckende Versorgung abzuleiten. Die Grünen im MKK bekennen sich zu den etablierten und in Entwicklung befindlichen Modellen der Hausarzt- zentrierten ärztlichen Versorgung. Wir setzen uns dafür ein, dass in Zusammenarbeit von Vertretern von Gesundheitsdienstleistern, Krankenhäusern und Krankenkassen über die Investitionen in die Gesundheitsversorgung im MKK entschieden wird, damit die hausärztliche Versorgung im MKK verbessert werden kann (z.B. ähnlich des Modells "Gesunden Kinzigtal" aus Baden-Württemberg). Die Finanzierung muss auch aus den Mitteln des MKK gefördert werden.

Corona hat gezeigt, wie wichtig eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gesundheitsvor- und -fürsorge ist und welch entscheidende Rolle dabei der öffentliche Gesundheitsdienst spielt. Deshalb fordern wir eine bessere personelle Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und des Gesundheitsamtes im Bereich der Ärzte, aber auch im Bereich der Gesundheitsaufseher, des schulärztlichen Dienstes sowie der Kinder- und Jugendärzte.

In der aufsuchenden Sozialarbeit ist die konsequente Prävention in der Suchthilfe auszubauen und in das Gesamtkonzept der weiterführenden Schulen zu integrieren. Dabei messen wir Präventionsprogrammen für Kinder und Jugendliche besondere Bedeutung zu.

Beschluss 2.2. Finanzen

Antragsteller*in: Mareike

Text

Defizite, weitere Schuldenaufnahme und Leistungseinschränkungen haben die Politik im Main-Kinzig-Kreis in den Jahren nach der Finanzkrise bestimmt. Hauptursache waren drastisch gesunkene Steuererträge und neue Aufgaben, z. B. beim Ausbau von Ganztagsschulen.

Der Haushalt hat in den letzten Jahren vor allen Dank der Entschuldungsprogramme der Landesregierung unter Grüner Mitwirkung eine positive Entwicklung genommen und war in den letzten Jahren ausgeglichen. Die erwirtschafteten Überschüsse wurden genutzt, das während der Finanzkrise abgebaute Eigenkapital wieder zurückzuführen. Damit ist der Main-Kinzig-Kreis in der Lage, die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise zu verkraften und mit Hilfe der Finanzhilfen von Bund und Land weiter in die Infrastruktur einer wachsenden Region im Rhein-Main-Gebiet zu investieren. Wir wollen dafür sorgen, dass unsere alten und neuen BürgerInnen auch in der Zukunft in einem Landkreis leben, der ihnen ein lebenswertes Umfeld anbietet.

Wir von B90/ Die Grünen sehen die öffentliche Hand in der Pflicht, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für Anreize zu sorgen, anstatt die Wirtschaft durch Sparmaßnahmen zusätzlich zu belasten. Dringend notwendige Investitionen in unsere Infrastruktur dürfen gerade jetzt nicht auf die lange Bank geschoben werden! Die derzeitige Krise darf kein Anlass sein, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Zur Sicherung der Zukunft gehören Investitionen in Maßnahmen zum Klimaschutz, Digitalisierung, nachhaltige Mobilität, Bildung und soziale Gerechtigkeit.

Die niedrigen Kapitalmarktzinsen machen notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur möglich, ohne den Haushalt übermäßig zu belasten. Die derzeit niedrigen Zinsen sind ein weiteres Argument, Investitionen jetzt zu tätigen.

Infrastruktur, die wir heute schaffen, wird von BürgerInnen genutzt werden, die zum Teil noch nicht im Main-Kinzig-Kreis wohnen oder gar nicht geboren sind. Mit der Finanzierung durch Kredite werden die Aufwendungen auf die Nutzungsdauer verteilt und damit auch auf die NutzerInnengenerationen. BürgerInnen, die erst später in unsere Region ziehen oder erst noch geboren werden, tragen also einen Teil der Last für die von ihnen genutzte Infrastruktur.

Unter den gegebenen Voraussetzungen kann es sein, dass unsere Zielsetzungen aktuell zu einem Haushaltsdefizit führen. Mittelfristig wird es unser Ziel bleiben, dass der Main-Kinzig-Kreis ausgeglichene Haushalte vorweisen kann.